

7.1 Aktuelle Positionen des BDKJ Diözesanverbandes Erfurt zur Gestaltung der Politik in Thüringen (Beschluss der Diözesanversammlung)

Aus Anlass von Landtags-, Europa- und Kommunalwahlen im Jahr 2004 in Thüringen bringt sich der BDKJ-Diözesanverband Erfurt im Hinblick auf zentrale Themenfelder der Politik mit eigenen Vorschlägen und Forderungen ein. Dabei ist es erst einmal egal, auf welcher Ebene dies umgesetzt werden kann oder muss und dass es hier oder da auch über die eigentliche Jugendpolitik hinausgeht.

Einige der entwickelten Positionen wurden bereits in den letzten Jahren innerhalb des Verbandes von Jugendlichen diskutiert und beschlossen. Außerdem haben wir bei verschiedenen Anlässen mit Politikern darüber gesprochen. Einige der Forderungen sind auch erst vor kurzem neu dazugekommen, z.B. durch Diskussionen innerhalb des Landesjugendringes Thüringen.

* Fettgedruckt ist jeweils die Grundforderung (Überschrift). Dann folgen Konkretisierungen.

Bildung:

- **Ganzheitlicher Bildungsansatz!**

Wir fordern, dass auch in der Schule ein ganzheitlicher Bildungsansatz bestimmend bleibt - Fächer und Lerninhalte nicht arbeitsmarktpolitischem Druck „geopfert“ werden.

- **Bessere Vernetzung von schulischer und außerschulischer Bildung!**

Wir fordern, dass die Schule außerschulische Aktivitäten der Schüler intensiver wahrnimmt, diese in schulische Anforderungen integriert und entsprechend honoriert.

- **Informationen über außerschulische Angebote auch in der Schule!**

Wir fordern, dass SchülerInnen auch über die Schule von außerschulischen Angeboten der Jugendarbeit Kenntnis erhalten. So können sie bei Kinder- und Jugendverbänden Erlebnis- und Lernfelder eigenverantwortlichen Engagements für sich entdecken.

- **Gleiche Chancen - individuelle Förderung!**

Wir fordern, dass junge Menschen aufgrund ihrer sozialen oder territorialen Herkunft keine geringeren Bildungschancen haben und alle SchülerInnen ihrem Leistungsvermögen entsprechend qualitätsvolle Förderung erhalten.

- Mehr Eigenständigkeit für Schulen!

Wir fordern, dass Schulen mehr Eigenständigkeit bei sie betreffenden Entscheidungen erhalten sowie dass die gesetzlichen Bestimmungen über die aktive Mitbestimmung von SchülerInnen und Eltern an ihrer Schule konsequent umgesetzt werden.

- Gemeinsames Lernen bis Klasse 6!

Wir fordern, dass SchülerInnen bis einschließlich Klasse 6 gemeinsam im Klassenverband lernen, um soziale Kompetenzen aller SchülerInnen zu fördern und Bildungschancen nicht zu frühzeitig in eine Richtung festzulegen.

Familie:

- Kinder nicht als Risiko, sondern als Bereicherung des Lebens sehen

Wir werben dafür, dass die Entscheidung für Kinder positiv als Bereicherung des Lebens gesehen werden kann und wird, damit sich noch mehr junge Menschen entscheiden, in Thüringen eine Familie zu gründen.

- Familienfreundlichkeit ist ein Standortvorteil!

Wir fordern, dass die besondere Bedeutung der Familie und ihre Leistungen für die Gesellschaft noch stärker als bisher anerkannt werden und ein familienfreundliches Umfeld als Standortvorteil für Unternehmen angesehen wird.

- Bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Erziehungsarbeit!

Wir fordern, dass eine Vereinbarkeit von Erwerbs- und Erziehungsarbeit ermöglicht wird, ohne die dabei entstehenden Probleme einseitig auf Kosten der Eltern oder auf Kosten der Kinder zu lösen.

- Ausbau von Familien- und Elternbildung!

Wir fordern, dass Leistungen der Familien- und Elternbildung nach § 16 Abs. 2 des SGB 8 (Kinder- und Jugendhilfegesetz - KJHG) zur Prävention sowie Stärkung von Eigenverantwortung und Erziehungskompetenz der Eltern ausgebaut werden.

* § 16 KJHG: Abs. 2: 1. Angebote der Familienbildung, die auf Bedürfnisse und Interessen sowie auf Erfahrungen von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Erziehungssituationen eingehen, die Familie zur Mitarbeit in Erziehungseinrichtungen und in Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe besser befähigen sowie junge Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorbereiten, 2. Angebote der Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung und Entwicklung junger Menschen, 3. Angebote der Familienfreizeit und der Familienerholung, insbesondere in belastenden Familiensituationen, die bei Bedarf die erzieherische Betreuung der Kinder einschließen.

- Mehr Kooperation zwischen Eltern und Erziehungspartnern!

Wir fordern, dass eine stärkere Kooperation und Vernetzung von Eltern und Erziehungspartnern miteinander sowie jeweils untereinander erreicht wird.

- Ab 16 Jahren selber wählen, davor Familienwahlrecht!

Wir fordern, dass es bei Wahlen auf allen Ebenen ein Wahlrecht ab 0 Jahren gibt. Bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres wird dieses stellvertretend von den Eltern wahrgenommen, danach von jedem selbst.

- Stärkere Bekämpfung von Gewalt in Familien und mehr Präventionsangebote!

Wir fordern, dass Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt in Familien, Hilfsangebote für Betroffene und Präventionsmaßnahmen ausgebaut werden können.

- Keine Kopfpauschale in der Krankenversicherung!

Wir fordern, dass auch in konjunkturschwachen Zeiten ein solidarisches und paritätisches Krankenversicherungssystem erhalten bleibt. Forderungen zur Einführung einer Kopfpauschale (Gesundheitsprämie) lehnen wir als familienunfreundlich ab.

Arbeitsmarkt, Berufsausbildung und Arbeit:

- Entschiedenenes Vorgehen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit!

Wir fordern, dass ein entschiedenes Vorgehen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit endlich Wirkung zeigt, in dem z.B. durch Gesetzesvorlagen und Fördermöglichkeiten Anreize für Betriebe geschaffen werden, ihre Azubis nicht nach der Ausbildung zu entlassen oder die Möglichkeiten öffentlich geförderter Arbeitsplätze in den Bereichen Jugendhilfe, soziale Dienste, Umweltschutz, Kultur etc. besser genutzt werden.

- Betriebliche Ausbildung stärken - keine Ausbildungsplatzabgabe!

Wir fordern, dass ein 112,5 %iges Lehrstellenangebot geschaffen und dabei die betriebliche Ausbildung im dualen System wieder ausgebaut wird. Eine Ausbildungsplatz-Zwangsabgabe lehnen wir ab.

- Vernetzung für gezielte Berufsberatung und Stellenvermittlung!

Wir fordern, dass eine optimale Vernetzung zwischen Schule, Arbeitsamt und Ausbildungsstätte erreicht wird für eine gezielte Berufsberatung, verbunden mit einer gezielter Stellenvermittlung.

- Ausweitung der Möglichkeiten einer Berufsausbildung mit Abitur!

Wir fordern, dass die Möglichkeiten einer Berufsausbildung mit Abitur ausgeweitet und gefördert werden, um die Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu stärken.

- Bessere Förderung behinderter und benachteiligter Jugendlicher!

Wir fordern, dass verstärkt die Belange behinderter und benachteiligter Jugendlichen aufgegriffen werden, um ihnen durch gezielte Förderungen Zugänge zum ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen.

- Thüringen muss als Wirtschaftsstandort attraktiver werden!

Wir fordern, dass Thüringen als Wirtschaftsstandort attraktiver wird für junge Menschen aus Thüringen selbst und anderen Bundesländern, um somit auch mit ihnen den wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen.

- Förderung zur Ansiedlung ausbildender Unternehmen in Thüringen!

Wir fordern, dass gezielt die Ansiedlung von Unternehmen in Thüringen gefördert wird und hierbei insbesondere solche, die junge Menschen ausbilden.

- Verstärkte Förderung der 18- bis 25-Jährigen, damit sie in Thüringen bleiben!

Wir fordern, dass die Abwanderung aus Thüringen generell sowie besonders der 18- bis 25-jährigen Jugendlichen gestoppt wird und sie längerfristige Perspektiven in Thüringen haben.

-

Ehrenamt:

- Ehrenamtliche Verantwortungsübernahme von Jugendlichen stärken!

Wir werben dafür, dass noch mehr junge Menschen ermutigt und befähigt werden, für einen überschaubaren Zeitraum und definierten Aufgabenbereich Verantwortung zu übernehmen.

- Amtlicher Nachweis von erworbenen Schlüsselqualifikationen

Wir fordern, dass auf Schulzeugnissen oder in anderer „amtlicher“ Form die durch ehrenamtliche Tätigkeit erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen in Inhalt, Umfang und Dauer nachgewiesen werden.

- Anerkennung von Ehrenamtstätigkeiten bei Rentenansprüchen

Wir fordern, dass bei der Berechnung von Rentenansprüchen ehrenamtliche Arbeit sich rentensteigernd auswirkt, da sie genauso wie Erwerbs- oder Familienarbeit gesellschaftlich notwendig und gewinnbringend ist.